

Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **67 (1980)**

Heft 14-15: **Französisch in der Primarschule : ein Projekt mit Zukunft?**

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Schulfreudige Schweizer

Nur gerade die Japaner und die Amerikaner sind schulfreudiger als die Schweizer. Der Anteil der 15- bis 19jährigen, die «vollamtlich» eine Schule besuchen, belief sich in der Schweiz 1977 auf 70 Prozent, teilte die Wirtschaftsförderung (WF) am Mittwoch mit. Damit lag die Eidgenossenschaft nur knapp hinter der USA mit 74 Prozent und Japan mit 71 Prozent auf dem dritten Platz aller Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD.

Eine «Schulquote» zwischen 60 und 70 Prozent wiesen Kanada, Norwegen, die Niederlande und Belgien aus. Zwischen 50 und 60 Prozent lagen unter anderem Frankreich, Dänemark und Schweden, zwischen 40 und 50 Prozent beispielsweise die Bundesrepublik, Italien, Grossbritannien, Australien und Neuseeland.

Mit Prozentanteilen um 35 Prozent herum stehen laut OECD-Statistik Österreich, Spanien, Portugal und Luxemburg zu Buch, während in der Türkei lediglich 13 Prozent der Jugendlichen dieser Altersklasse ihre Schulbildung erweitern konnten.

CH: Kein Numerus clausus für Medizin

Studienanwärter für Medizin haben auch zu Beginn des Herbstsemesters den Numerus clausus nicht zu befürchten. Umleitungsaktionen an andere Universitäten sind hingegen immer noch nötig, um jedem zukünftigen Arzt seinen Studienplatz zu garantieren. Diese Voraussagen sind die wichtigsten Ergebnisse der Plenarversammlung der Schweizerischen Hochschulkonferenz. Gesamtschweizerisch liegen für diesen Herbst 1268 Voranmeldungen in der Humanmedizin, 241 in der Zahnmedizin und 180 in der Veterinärmedizin vor. Im Vergleich zu 1979 sind die Zahlen der Anmeldungen für Humanmedizin fast gleich geblieben, hingegen ist in der Zahn- und in der Veterinärmedizin ein Rückgang von sieben und sechs Prozent festzustellen.

Um alle Studienanwärter aufnehmen zu können, sind 132 Umleitungen in Aussicht zu nehmen, dies von Bern, Zürich und Genf nach Basel, Freiburg, Lausanne und Neuenburg.

ZH: Gegen die Verlegung des Schulanfanges

Die 16 Schulkapitel des Kantons Zürich, in denen die Lehrerschaft der Volksschule vertreten ist, haben nach inoffiziellen Angaben im Verhältnis 11:5 eine

Verlegung des Schulanfanges auf den Spätsommer abgelehnt. Eine solche Verlegung soll nach den Erklärungen der Zürcher Erziehungsdirektion in den Kantonen Zürich und Bern geplant sein. Eine entsprechende Vorlage dürfte dem Zürichervolk vorgelegt werden.

BE: Schüler bestreiken Haushaltungskurs

Nach Biel bestreiken auch in Bern Schülerinnen den im Kanton Bern obligatorischen Haushaltungskurs. In einer Mitteilung des «Komitees gegen den obligatorischen Haushaltungskurs» geben die Schülerinnen des Gymnasiums Bern-Kirchfeld bekannt, dass sie nicht die Abschaffung des Haushaltungskurses fordern, sondern nur, dass dieser nicht mehr als obligatorisch erklärt werde und ebenso von Knaben besucht werden könne.

SZ: Didaktisches Zentrum auch für Ausserschwyz

Nach Abklärung des Bedürfnisses und nach Vorarbeiten durch die Leitung der Kantonsschule Pfäffikon hat der Schwyzer Regierungsrat beschlossen, an dieser Schule ein didaktisches Zentrum aufzubauen, wie es seit 1978 bereits im Lehrerseminar Rickenbach besteht. Das neue Zentrum soll den Lehrkräften der Region Ausserschwyz zur Verfügung stehen. Das Zentrum strebt eine möglichst umfassende Sammlung von didaktischem Material für die Volksschule und die Mitwirkung bei der Herstellung und Beschaffung von Unterrichtsmaterial an. Es soll auch ein Mittelpunkt der regionalen Junglehrerbetreuung, der Lehrerberatung und der Lehrerfortbildung sein.

SZ: Beitritt zur Hochschulvereinbarung

Als sechster Kanton hat der Schwyzer Kantonsrat den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über Hochschulbeiträge beschlossen. Nach kurzer Diskussion war der Entscheid ohne Gegenstimme gefasst worden, doch untersteht dieser noch dem fakultativen Referendum. Auf den Kanton Schwyz entfallen während der sechsjährigen Vertragsdauer nach dieser Vereinbarung Hochschulbeiträge von insgesamt 8,5 Millionen Franken.

Nachdem Eintreten auf die Vorlage unbestritten war, sprach sich die liberale Fraktion dafür aus, dass die öffentlichen Gelder sinnvoll und nutzbringend eingesetzt werden und dass «die paar wenigen Studen-

ten, die auf Kosten der Öffentlichkeit statt zu studieren die Universitäten für politische Agitation und Kravalle missbrauchen und ihr Studium nicht innert nützlicher Frist beenden, mit härterer Hand angefasst werden». Diese Forderung tat Jürg Krummenacher (kfi, Ibach) als «simpel, zynisch und gefährlich» ab. Er wehrte sich entschieden dagegen, den Beitritt zur Vereinbarung mit derartigen Forderungen zu verbinden. Umso mehr sollte sich die Regierung gegen die Einführung eines «Numerus clausus» und für einen Ausbau des Stipendienwesens einsetzen.

FR: Entwurf eines neuen Freiburger Schulgesetzes

Die Erziehungsdirektion des Kantons Freiburg hat das *Vernehmlassungsverfahren* für einen Vorentwurf eines neuen Schulgesetzes eröffnet. Eine erste Fassung vom Jahre 1976 hatte kein positives Echo ausgelöst. Ein Teil der Freiburger Schulen hat ihre rechtliche Grundlage in einem Gesetz aus dem Jahre 1884. Für die Schulkreise und die Schulen der Orientierungsstufe fehlen noch heute die rechtlichen Grundlagen.

AG: Andere Prüfung für Aargauer Bezirksschüler

Der aargauische Regierungsrat hat die geänderte Verordnung über die Abschlussprüfungen an den Bezirksschulen des Kantons Aargau genehmigt und auf den 1. Januar 1981 in Kraft gesetzt. Neben verschiedenen redaktionellen Änderungen wurde die folgende Zielvorstellung formuliert: «Die Abschlussprüfung soll Aufschluss darüber geben, wie weit die Bezirksschüler die Lehrziele erreicht haben, eine Grundlage für die Qualifikation zum Eintritt der Schüler in die kantonalen Mittelschulen bilden und der Koordination zwischen Bezirks- und Mittelschulen dienen.» In der Verordnung wird im weiteren festgehalten, dass die Französisch-Kenntnisse auch mündlich geprüft werden. Zudem wird in Zukunft nur noch in einem Wahlfach mündlich geprüft; für das zweite Wahlfach zählt die Erfahrungsnote.

Um die Auswirkungen der Abschlussprüfung auf die Schulen und die Übertritte genauer zu erkennen und zu überprüfen, welche Konsequenzen eine allfällige Veränderung der Konzeption mit sich bringen würde, wurde in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt ein ausführlicher Bericht über die Ergebnisse der Abschlussprüfungen in den Jahren 1973 bis 1977 ausgearbeitet.

AG: Lernbehinderte in falschen Schulen?

Immer mehr lernbehinderte Kinder, die in Hilfsschulen unterrichtet werden sollten, würden in Normalklassen integriert. Diese Erscheinung sei eine Folge

des allgemeinen Rückgangs der Schülerzahlen, wurde an der Generalversammlung der Aargauischen Heilpädagogischen Gesellschaft kürzlich festgestellt. Am Beispiel einer Gemeinde wurde darauf hingewiesen, dass angesichts der sinkenden Schülerzahlen plötzlich keine Hilfsschüler mehr in die Nachbargemeinde geschickt und diese in die Primarklassen eingegliedert würden. Dadurch entstehe die Gefahr einer «schulischen Überforderung», wurde an der Versammlung betont. Diese Erscheinungen, zusammen mit der Einführung des Deutschunterrichts für Ausländerkinder und die Aufgabenhilfe, hätten dazu geführt, dass 1979 die Zahl der Hilfsschulabteilungen im Aargau um zehn Prozent gesunken ist. Die Heilpädagogen fordern deshalb die Aufrechterhaltung eines «optimalen heilpädagogischen Angebotes».

GR: Romanisch als Maturafach?

Wenn die Bündner Regierung grundsätzlich auch eine Totalrevision der geltenden Maturitätsverordnung des Bundesrates befürwortet, so lehnt sie doch die im Bericht der Kommission für Mittelschulfragen vorgesehenen drei Modellvarianten ab. Nach ihrem Dafürhalten vermag keines dieser Modelle die bisherigen Maturitätstypen in genügendem Masse zu ersetzen. Von der bündnerischen Warte aus postuliert sie hingegen im Hinblick auf eine Revision der Maturitätsverordnung, dass das Rätoromanische in den Katalog der Maturitätsfächer aufgenommen und mit muttersprachlicher Bedeutung neben das Deutsche gestellt wird.

In ihrer Stellungnahme zum Bericht über die Reduktion der Maturitätstypen und der Maturitätsfächer spricht sich die Bündner Regierung insbesondere gegen eine Reform aus, die den Lehrstoff «von oben nach unten» verschieben und damit den Unterstufenschülern mit zusätzlichem Stoff belasten würde. Sie möchte deshalb primär an der bisherigen Typenwahl festhalten und lediglich sekundär ein breiteres Alternativangebot bei der Fächerwahl vorsehen, befürwortet sie doch nach wie vor eine breite allgemeinbildende Ausrichtung der Maturität und keine vorzeitige Spezialisierung, die ihr auch vom Standpunkt der weiterhin anzustrebenden, generellen Hochschulreife nicht vertretbar erscheint.

VS: Interkantonale Vereinbarung über Hochschulbeiträge

Die Walliser haben am 22. Juni den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über Hochschulbeiträge mit 13 983 Ja gegen 4015 Nein gutgeheissen. Damit ist nach Appenzell Innerrhoden, Obwalden, Nidwalden und Glarus der fünfte Nichthochschul-

kanton dem Konkordat beigetreten. Das Konkordat tritt in Kraft, wenn sieben Nidhochschulkantone und drei Hochschulkantone beigetreten sind. Das Dekret betreffend die Hochschulbeiträge wird dem Kanton für seine 1450 Hochschulstudenten vorerst eine zusätzliche jährliche Belastung von 4 Mio. Franken abverlangen. Später wird dieser Betrag sogar 7 Mio. übersteigen, Leistungen, die sich indessen positiv auf die kantonale Bildungspolitik auswirken werden. In den letzten drei Jahrzehnten baute das Wallis in grosszügiger Weise, unter grossen finanziellen Opfern und auf Grund einer modernen Schulgesetzgebung *das gesamte Unterrichtswesen* aus, von den Primar-, Sekundar- und Berufsschulen bis zu den Mittelschulen. In allen grösseren Ortschaften entstanden neue Schulhäuser, deren Baukosten auf über 650 Mio. Franken geschätzt werden. Die Lehrerschaft, die sich lange mit Hungerlöhnen zufriedengeben musste, wurde endlich besser entlohnt. Heute entfällt die Hälfte der Personalkosten des Staates auf das Unterrichtswesen. Für jeden einzelnen Kantonsbürger sollte das Ja zur Mitfinanzierung der Universitäten eine Ehrensache bedeuten.

Für das Wallis aber ist es ein würdiger Abschluss jahrzehntelanger Anstrengungen auf dem Gebiete des Schulwesens.

JU: Lehrerbesoldungen geben Probleme auf

Der *jurassische Grosse Rat* hat auf Antrag des Regierungsrates entschieden, dass der Kanton ein weiteres Mal die Gemeinden bei der Lehrerbesoldung unterstützen soll. Nach dem vom Kanton Bern übernommenen Gesetz sollten die Lehrer zu vier Siebenteln von den Gemeinden und zu drei Siebenteln vom Kanton bezahlt werden. Bei der Finanzierung machte sich nach der Gründung des Kantons Jura aber das *Fehlen der finanzstarken Gemeinden der Agglomerationen Bern und Biel* bemerkbar, wobei gleichzeitig die Summe der Lehrerbesoldungen von 17,2 auf 19,9 Millionen Franken stieg. Für 1979 hatte deshalb die jurassische Konstituante bereits einen Zustupf von 2,2 Millionen bewilligt. Der kantonale Beitrag für dieses Jahr beträgt 1,8 Millionen. Eine ausserparlamentarische Kommission soll jetzt aber Massnahmen prüfen, damit die Gemeinden in Zukunft selber für die Kosten aufkommen können.

Umschau

Überprüfung der Situation der Primarschule (SIPRI)

Zwischenbericht

Dieses Projekt der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren steht unter der Aufsicht der Pädagogischen Kommission. Es bearbeitet die vier Themen:

- Lernziele der Primarschule: Anspruch und Wirklichkeit
- Funktionen und Formen der Schülerbeurteilung
- Übergang von der Vorschulperiode zur Primarschule
- Kontakte und Zusammenarbeit Schule-Elternhaus

Als Ergebnis werden Empfehlungen der EDK an die Kantone erwartet, deren Befolgung zu einer spürbaren Entlastung von drängenden Problemen im Primarschulbereich führen soll.

Teilprojekt 1: Lernziele der Primarschule: Anspruch und Wirklichkeit

Die Arbeitsgruppe 1 ist zwar personell nicht ganz vollzählig, hat aber dennoch am 26. Februar ihre erste Sitzung abgehalten. Als Projektschwerpunkte wurden festgehalten die Definition des Bildungsauftrags der Primarschule, die Entwicklung entsprechender Minimallehrpläne (wenn möglich im regionalen Rahmen), die Klärung der Bedeutung der Lehrpläne als Einflussgrösse in der Schule sowie das Studium der Belastungsproblematik. Gegenüber dem ursprünglichen Konzept soll der Akzent weg von blossen Untersuchungen hin zu konkreten positiven Vorschlägen verlagert werden. Bereits liegt ein Arbeitsplan 1980 vor. Eine für später vorgesehene Untersuchung über die besondere Situation in Sammelklassen wurde aus Gründen der Koordination mit